

# Wir haben's Euch gesagt

## KVB und KZVB warnen vor Praxissterben

Der Münchner Merkur ist neben der Süddeutschen Zeitung das Leitmedium der bayerischen Landespolitik. In der Ausgabe vom 8. August warnten die Vorsitzenden der Kassenärztlichen und der Kassenzahnärztlichen Vereinigungen Bayerns, Dr. Christian Pfeiffer und Dr. Rüdiger Schott, in einem gemeinsamen Interview vor einem Praxissterben – auch wegen der Gesundheitspolitik der Berliner Ampel-Koalition. Gefragt, wie es um die (zahn)ärztliche Versorgung in Bayern stehe, erklärte Schott, er rechne mit einem großen Einschnitt in fünf bis sieben Jahren. „Dann bekommen Sie als Patient irgendwann vielleicht einfach keinen Termin beim Arzt oder Zahnarzt mehr.“ Pfeiffer ergänzte, das liege unter anderem daran, dass in den nächsten Jahren viele Kollegen in den Ruhestand gehen, für die lange Arbeitstage und Erreichbarkeit rund um die Uhr normal seien. „Das ist ein Lebensstil, den viele junge Kollegen so nicht mehr wollen“, so der KVB-Vorsitzende. Die überbordende Bürokratie und den Fachkräftemangel sprach Schott als weitere gravierende Probleme an, die die bayerischen Praxen belasten.

Redaktion KZVB



Dr. Rüdiger Schott (l.) und KVB-Chef Dr. Christian Pfeiffer warnten im gemeinsamen Interview mit dem Münchner Merkur vor Versorgungsengpässen im ländlichen Raum.

# Lauterbachs Aufholjagd

## E-Rezept soll ab 2024 verpflichtend werden

Obwohl mittlerweile Milliardenbeträge in die Telematik-Infrastruktur geflossen sind, gilt Deutschland bei der Digitalisie-

rung seines Gesundheitswesens als Entwicklungsland. Das hat nun auch Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach

erkannt. Mitten in der parlamentarischen Sommerpause blies er Anfang August zur „Aufholjagd“.

Um dem bereits von Lauterbachs Vorgänger Jens Spahn initiierten E-Rezept endlich zum Durchbruch zu verhelfen, soll es ab 1. Januar 2024 verpflichtend werden. Auch bei der elektronischen Patientenakte und beim umstrittenen Forschungsdatengesetz will der SPD-Minister Druck machen. Gesetzlich Krankenversicherte sollen ab dem 15. Januar 2025 automatisch eine elektronische Patientenakte erhalten. Damit sollen die Gesundheitsdaten von rund 70 Millionen Versicherten zentral gespeichert werden.

Was durch die Lauterbach-Pläne an neuer Bürokratie auf die Praxen zukommt, teilen wir Ihnen in einem Rundschreiben mit, sobald das Gesetz beschlossen ist.

Redaktion KZVB

